

Gericht stellt Amtsmissbrauch fest

OB Feldmann hatte sich öffentlich gegen AfD positioniert

Im März 2017 plante der Wirtschaftsclub Rhein-Main in Frankfurt eine Veranstaltung mit Beteiligung der AfD-Bundesvorsitzenden Frauke Petry. Diesen rein privatrechtlichen Vorgang nahm der Oberbürgermeister der Stadt – Peter Feldmann – zum Anlass, sich auf dem offiziellen Facebook-Account des Oberbürgermeisters der Stadt Frankfurt wie folgt zu äußern: *„AfD? AUSLADEN! Der Präsident des Wirtschaftsclubs Rhein-Main lädt eine AfD-Vorsitzende nach Frankfurt ein? Die Mitglieder sollten sich schleunigst überlegen, wie sie damit umgehen. Die ganze Aktion gibt völlig unnötig den Rechtspopulisten eine Plattform und wirft einen Schatten auf die anständigen Frankfurter Unternehmer und unsere liberale Stadt. Gott sei Dank gibt es bei uns auch großartige Initiativen, die für eine sachliche, demokratische Politik eintreten. Die konstruktiven Kräfte im Wirtschaftsclub täten gut daran, jetzt ein klares Zeichen zu setzen!“*

Der Bundesvorstand der Partei erwirkte am 12.07.2017 beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof einen nicht anfechtbaren Beschluss, mit dem der Oberbürgermeister dazu verurteilt wurde, den Beitrag zu löschen und zukünftig ähnliche Äußerungen zu unterlassen. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung wurde ihm ein Ordnungsgeld bis zu € 250.000 angedroht.

Das Gericht stellte hierzu in seltener Deutlichkeit fest, dass der Oberbürgermeister seine Amtsautorität dazu missbraucht hat, sich öffentlich gegen die AfD zu positionieren. Mit seinen Äußerungen nehme er in der politischen Auseinandersetzung bewusst und gezielt Partei gegen die AfD und diskreditiere sie. Damit habe er gegen das Sachlichkeitsgebot und das Neutralitätsgebot verstoßen und einen rechtswidrigen Zustand geschaffen: *„Zugleich hat er (der Oberbürgermeister) dazu aufgerufen, die Antragstellerin (AfD) als Partei vom politischen Diskurs auszuschließen ... damit hat er zu Lasten der Antragstellerin (AfD) in die politische Diskussion eingegriffen ...“* Mit der Aufforderung *„AfD ? Ausladen!“* hat er der Vorsitzenden der Antragstellerin (AfD) von vornherein allein aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit eine gesellschaftliche Berechtigung auf Teilnahme an der Veranstaltung des Wirtschaftsclubs abgesprochen. Mit der Aussage, die ganze Aktion werfe einen Schatten auf die *„anständigen Frankfurter Unternehmer“* hat er die Antragstellerin (AfD) weiter diskreditiert und ihr mit dem Hinweis, dass es in Frankfurt auch *„großartige Initiativen, die für eine sachliche, demokratische Politik eintreten“* gebe, schließlich diese Fähigkeit abgesprochen und sie so als undemokratisch hingestellt. **Damit hat der Oberbürgermeister die geistig-diskursive Auseinandersetzung mit der Antragstellerin (AfD) verlassen und sich darauf beschränkt, gegen diese Stimmung zu machen und sie so in der Meinung der Öffentlichkeit herabzusetzen“.**

Der Oberbürgermeister hat als SPD-Politiker einmal mehr gezeigt, dass er und Vertreter seiner Partei offensichtlich überfordert sind, sich mit der AfD inhaltlich auseinanderzusetzen und sich auf Diffamierungen, Schmähungen und Hetztiraden beschränkt. Jetzt hat ihm dies das höchste hessische Verwaltungsgericht eindrucksvoll bestätigt.

Frankfurts „Rote Flora“

Seit 34 Jahren ist das Haus mit der Anschrift In der Au 14-16 in Rödelheim nun besetzt. Die Bewohner zahlen keine Miete an die Stadt und geben sich bei Fragen danach, was sich im Haus tut und wer dort wohnt, äußerst zugeknöpft. Aus ihrer engen Verbundenheit mit der links-autonomen Szene in anderen Städten wie der „Roten Flora“ in Hamburg, oder der „Zelle“ in Reutlingen machen die Besetzer keinen Hehl, wie an den Verlinkungen auf ihrer Webseite www.au-frankfurt.org zu sehen ist. Auch weitere Treffs der Szene, wie das Café Exzess in Bockenheim und das ehemalige Gefängnis im Klapperfeld haben die Rödelheimer verlinkt.

Durch Gewaltexzesse anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg sind auch die Frankfurter Links-Autonomen nun wieder in den Fokus gerückt. Es ist ein offenes Geheimnis, daß sich längst auch in Frankfurt eine gewaltbereite linke Szene etabliert hat, die zu Anlässen wie der EZB-Eröffnung schwarz verummte Gewalttäter einlädt. Unlängst berichtete die FNP über Besucher des Café Exzess, die Sympathien für die G20-Krawalle geäußert hatten und sich solche auch in Frankfurt wünschten.

Die Bestrebungen der CDU, den Zustand mit dem Aushandeln eines Mietvertrages für die Au heilen zu wollen, gehen deshalb am Problem vorbei. Mit oder ohne Mietvertrag entwickeln sich die autonomen Treffs weiter zu Rückzugs- und Planungsräumen für organisierte linke Gewalt. Der Magistrat hat die Au nach eigenen Angaben aus Angst vor einer Eskalation bisher nicht räumen lassen. Dies bedeutet nichts anderes als das Einknicken des Rechtsstaats vor einer Erpressung. Was die Folgen sind, wenn man den Anfängen nicht wehrt, konnte man in Hamburg unlängst auf schauerlich-eindrucksvolle Weise erleben. Die AfD fordert ein konsequentes Vorgehen.

(Die AfD-Fraktion hat zu diesem Thema die Anfrage A229 gestellt, nachzulesen unter <http://afd-im-roemer.de/initiativen/antraegeanfragen/>)



Bahnhofsviertel

AfD fordert auch tagsüber mehr Stadtpolizei

Die von CDU-Stadtrat Jan Schneider vorgestellten Ergebnisse der jüngsten Bürgerbefragung sind in jedem Fall ein schlechtes Zeugnis für die Bemühungen des Sicherheitsdezernenten Markus Frank (ebenfalls CDU). Presseberichten ist zu entnehmen, dass mittlerweile 28 Prozent der befragten Frankfurter Bürger die Situation am Hauptbahnhof kritisch sehen. „Man muss sich das nur einmal vorstellen: Seit 2014 ist die Anzahl derer, die den zentralen Frankfurter Bahnhof und seine Umgebung als Örtlichkeit bezeichnen, wo sie sich unsicher und von Kriminalität bedroht fühlt, um satte 15 Prozentpunkte gestiegen!“, sagt Horst Reschke, sicherheitspolitischer Sprecher der AfD im Römer. „Dabei ist Frank in den vergangenen Monaten doch nicht müde geworden, den Stadtverordneten zu versichern, dass das Bahnhofsgebiet sicherer geworden sei,“ fährt Reschke fort. Ein weiteres Mal offenbart sich aber, dass er noch weit davon entfernt ist, in der Realität anzukommen. Der Sicherheitsdezernent wird den Stellenplan für die Stadtpolizei ausweiten müssen, um im Bahnhofsgebiet auch tagsüber ausreichend uniformierte Streifen auf die Straßen zu bringen, sodass diese auch Wirkung zeigen,“ so Reschke. Bei den Haushaltsberatungen wurde ihm dazu von der AfD die volle Unterstützung zugesagt, „schließt der sicherheitspolitische Sprecher der AfD.

Öffnungszeiten der Fraktionsgeschäftsstelle:

Montag-Donnerstag 10 - 17 Uhr

info@afd-im-roemer.de

Tel. 069 212 46 222

www.afd-im-roemer.de



IMPRESSUM

Herausgeber:
AfD-Fraktion im Römer
Bethmannstr. 3
60311 Frankfurt am Main

Verantwortlich im Sinne
des Presserechts:
Dr. Dr. Rainer Rahn
(Fraktionsvorsitzender)